

EIN LEBENDIGER LÄNDLICHER RAUM - unsere gemeinsame Verantwortung

**Politisches Gesamtprogramm
für den ländlichen Raum
2005–2008
Zusammenfassung**

Publikationsreihe Veröffentlichungen der Kooperationsgruppe für
 die Politik des ländlichen Raums 15/2004
 Herausgeber Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums
 Layout Keltainen toukokuu/Ben Rydman
 Druck Suomen Printman Oy, Hyvinkää 2004
 Übersetzung Käännös-Aazet Oy

HERAUSGEBER		TITEL DER PUBLIKATION
Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums		EIN LEBENDIGER LÄNDLICHER RAUM – unsere gemeinsame Verantwortung. Politisches Gesamtprogramm für den ländlichen Raum 2005–2008. Zusammenfassung
REIHE / Nr.		ERSCHEINUNGSDATUM
15/2004		Dezember 2004
ISSN	ISBN (gebunden) ISBN (PDF)	GESAMTSEITENZAHL
1238-6464	ISBN 951-734-778-2 (PDF)	38
VERFASSER		SCHLÜSSELBEGRIFFE
Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums		Politik für den ländlichen Raum, Gesamtprogramm, ländlicher Raum, Kooperationsgruppe, Themen- gruppe, Aktionsgruppenarbeit, Dorftätigkeiten, Typ des ländlichen Raums, Regionalprogramm
BESCHREIBUNG DER PUBLIKATION		
<p>Das Konzept des politischen Gesamtprogramms für den ländlichen Raum wurde in Finnland eingeführt, um die Aufmerksamkeit auf die Auswirkungen zu lenken, welche die Entscheidungen der Zentralverwaltung auf den ländlichen Raum haben. Die Entscheidungen vieler Bereiche der Sektorpolitik haben großen Einfluss auf die Regionalpolitik und die Politik für den ländlichen Raum, ohne dass immer die Möglichkeit besteht, aus Sicht der Regionen positiv zu handeln. Deshalb sucht das Gesamtprogramm, die negativen Auswirkungen zu mildern und eine wirklich verwaltungsübergreifende Tätigkeit aufzubauen und zu etablieren. In vielen Fragen unterstützt und ergänzt das Gesamtprogramm die Lösungen der Verwaltungsbereiche. Es bietet den Entscheidungsträgern jedoch auch Alternativen zu den Schwerpunkten der Sektorverwaltungen.</p> <p>Die vorigen Gesamtprogramme wurden 1991, 1996 und 2000 aufgestellt. Die bei ihrer Vorbereitung und Umsetzung gesammelten Erfahrungen wurden bei der Ausarbeitung des vierten Gesamtprogramms genutzt. Dieses Mal bildeten Seminare und Besprechungen zum Thema ländlicher Raum den Ausgangspunkt. In der praktischen Politik für den ländlichen Raum spielt die Vernetzung eine wichtige Rolle. Auch die Aufstellung des Gesamtprogramms basiert zum großen Teil auf der Arbeit der regionalen und landesweiten Netzwerke. Dieselben Beteiligten setzen die 133 Vorschläge des Programms in den Jahren 2005–2008 um.</p> <p>Schriftlich niedergelegt wurde das Gesamtprogramm von der Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums. Sie unterstützt die finnische Regierung auch bei der Umsetzung der Vorschläge. Der wesentliche Teil des politischen Prozesses des Gesamtprogramms ist das gleichnamige Sonderprogramm, das die Regierung voraussichtlich im Laufe des Jahres 2004 verabschieden wird. Seine Leitgedanken betreffen vor allem die Jahre 2005 und 2006. In vielen Teilen unterstützen sie die Entwicklungsarbeit, die die vergleichsweise detaillierten Entwürfe des umfassenden Gesamtprogramms voraussetzen. Die ausführliche Version ist das Aktionsprogramm der Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums.</p> <p>Die vorliegende Veröffentlichung ist die Zusammenfassung der zentralen Teile des Programms „Ein lebendiger ländlicher Raum – unsere gemeinsame Verantwortung“.</p>		



Antero Aaltonen

Inhalt

ZWECK DES PROGRAMMS UND VISION DES LEBENDIGEN LÄNDLICHEN RAUMS	8
AUSGANGSPUNKTE FÜR DIE POLITIK DES LÄNDLICHEN RAUMS	11
KOOPERATIONSGRUPPE FÜR DIE POLITIK DES LÄNDLICHEN RAUMS	15
Aufgaben	15
Entwicklungsbereiche und Arbeitsformen	16
GRUNDZÜGE DER POLITIK FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM	21
VORSCHLÄGE DES GESAMTPROGRAMMS	24
System und Methoden der Politik für den ländlichen Raum	24
Stärkung der operativen Strukturen im ländlichen Raum	25
Gewerbe- und Arbeitsreform	27
Erhaltung und Aufbau von Basisdienstleistungen	29
Anhebung des Niveaus von Wissen und Know-how	30
UMSETZUNG DES GESAMTPROGRAMMS	33
Benötigte Mittel	33
Die Regierung entscheidet, die Ministerarbeitsgruppe leitet, die Kooperationsgruppe assistiert	33
Gemeinsame Handlungslinien der Regionalverwaltungen und der Zentralverwaltung	35



Vorwort

„EIN LEBENDIGER LÄNDLICHER RAUM – unsere gemeinsame Verantwortung“ ist das vierte auf dem integrierenden Ansatz basierende politische Gesamtprogramm für den ländlichen Raum. Die Politik für den ländlichen Raum ist nicht die Summe der einzelnen Zielsetzungen und Maßnahmen der Wirtschaftszweige und Verwaltungssektoren, sondern ergänzt diese und bildet in einigen Fällen eine Alternative. Arbeitsformen, die lokal und regional Kräfte bündeln, sind das Kernelement der Politik für den ländlichen Raum.

Die Vorarbeiten zu dem Programm begannen im Mai 2003 mit einer *Reihe von Seminaren und Besprechungen* mit den verschiedenen Regionalakteuren. Im weiteren Verlauf wurden Verhandlungen mit der Zentralverwaltung, den Organisationen und den Parteien geführt. Im Herbst kam eine *Strategiegruppe* hinzu, die sich aus Professoren mit dem Fachgebiet ländlicher Raum zusammensetzte. Kurz vor Weihnachten 2003 nahm die von der Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums eingesetzte *Koordinationsgruppe* ihre Arbeit auf. Ihre Aufgabe bestand darin, die von den verschiedenen Seiten kommenden Vorschläge, Begründungen und sonstigen Informationen zu sammeln und zu einem Gesamtprogramm zusammenzufassen. Einen wesentlichen Teil der Vorbereitungen leisteten die *Themen- und Arbeitsgruppen und ähnlichen Teams der Kooperationsgruppe* mit den die eigene Branche betreffenden Vorschlägen und Begründungen.

Im Winter 2004 übernahm die *Ministerarbeitsgruppe* die Leitung des Prozesses. Sie beschloss, das neue finnische Regionalentwicklungsgesetz in der Weise anzuwenden, dass ein der früheren Praxis entsprechendes umfassendes und vergleichsweise detailliertes Gesamtprogramm aufgesetzt wird, auf dessen Grundlage das im Regionalentwicklungsgesetz vorgesehene politische Sonderprogramm für den ländlichen Raum als politische Leitlinie erstellt wird. So wird das Gesamtprogramm in einer ausführlicheren und einer knapperen Version vorgelegt, die jedoch in den wesentlichen Teilen und Inhalten übereinstimmen.

Die Arbeit der Strategiegruppe ist vor allem in Teil I eingegangen, die der Themengruppen in Teil II und die der Referenten der Kooperationsgruppe in Teil III. Die beratenden Stellen und die Mitglieder der Koordinationsgruppe haben das Programm in vielen wichtigen Punkten ergänzt. Das Gesamtprogramm ist auf breiter Basis vorbereitet worden und das Resultat eines offenen Prozesses. Man kann darauf vertrauen, dass die Vorschläge auch umgesetzt werden.

Die ausführliche Version des politischen Gesamtprogramms für den ländlichen Raum ist einerseits das Aktionsprogramm der Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums im Zeitraum 2005–2008, andererseits bildet es die Grundlage für das von der Regierung verabschiedete politische Sonderprogramm für den ländlichen Raum, das die Entwicklungsschwerpunkte der kommenden Jahre in den Hauptzügen vorzeichnet. Die vorliegende Veröffentlichung ist die Zusammenfassung des Aktionsprogramms.

Helsinki, den 25. August 2004

KOOPERATIONSGRUPPE FÜR DIE POLITIK DES LÄNDLICHEN RAUMS

Ilkka Ruska
Abteilungsleiter
Vorsitzender

Eero Uusitalo
Leiter des Referats Ländlicher Raum
Generalsekretär

Vision

ZWECK DES PROGRAMMS UND VISION DES LEBENDIGEN LÄNDLICHEN RAUMS

Wie es zahlreiche Definitionen des Begriffs „ländlicher Raum“ gibt, sind auch die Voraussetzungen für Lebenskraft vielfältig und veränderlich. Die finnische Vision eines lebendigen ländlichen Raums basiert sowohl auf Aspekten, die mit der Zeit eigengesetzlich Realität werden, als auch auf politisch steuerbaren Faktoren.

Ein lebendiger ländlicher Raum

- hat eine vielfältige Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Erwerbsstruktur,
- ist eine Region, deren Einwohner etwas erreichen wollen und Verantwortung tragen,
- ist von Wissen, Know-how und Technologie her wettbewerbsfähig,
- ist ein attraktives Wohnumfeld und begünstigt Unternehmertum,
- pflegt die bebaute Umgebung,
- ist mit den Städten vernetzt und fördert den Austausch zwischen Stadt und Land,
- besteht aus Gebieten unterschiedlichen Typs,
- stützt sich auf starke lokale Gemeinschaften,
- ist ein Gebiet, das mehrere unentbehrliche Güter erzeugt: Nahrungsmittel, Holz und Industrieprodukte,
- verfügt über befahrbare Wege und eine wettbewerbsfähige Verkehrsanbindung,
- hat ein funktionierendes Sozialleistungsnetz,
- bietet allen Bürgern Zugang zu Natur, Freizeitdienstleistungen und Ruhe.

Der ländliche Raum bleibt bestehen, doch die Politik für den ländlichen Raum steckt noch in den Anfängen. Die Entfernungen zwischen den Dörfern sind groß. Es gibt Felder und Wälder. Je nach Definition lebt jeder zweite oder jeder fünfte Finne im ländlichen Raum. Mit seinen ausgedehnten, dünn besiedelten ländlichen Gebieten und der nördlichen Lage bildet Finnland in Europa eine Ausnahme. Vielleicht finden wir in der Europäischen Union deshalb kein ausreichendes Verständnis für unsere Landwirtschaft und den Charakter unserer ländlichen Gebiete. *In Finnland besteht ein besonderer Bedarf, eine Politik zu entwickeln, die den Gegebenheiten des ländlichen Raums gerecht wird und gleichzeitig die Möglichkeiten berücksichtigt, die der Austausch zwischen Stadt und Land bietet. Obwohl die Lebendigerhaltung des ländlichen Raums hohe Anforderungen stellt, kann mit den Mitteln unterschiedlicher Politikbereiche und durch die Politik für den ländlichen Raum auf alle Teilfaktoren Einfluss genommen werden.*

Große Bevölkerungsschwankungen, Veränderungen der Erwerbsstruktur und technologische Entwicklungen haben erhebliche Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Dies heißt jedoch nicht, dass der ländliche Raum dabei immer verliert. Mit neuen Zielsetzungen und Lösungen, durch Umstrukturierung und Neuorganisation kann ein Gegengewicht geschaffen werden. Wie das im Einzelfall aussieht, ist eine der Kernfragen der Politik für den ländlichen Raum. Eine unabdingbare, wenngleich noch nicht ausreichende Voraussetzung besteht darin, dass die Einwohner mehr Verantwortung für die Entwicklung ihrer Region übernehmen. Das ist auch eine gute Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Wenn sich die Bedingungen entscheidend verändert haben, funktionieren die früheren Organisationen und Arbeitsweisen nicht mehr. *Damit sich der ländliche Raum entwickeln kann, müssen neue Mechanismen geschaffen werden, die die Kräfte bündeln.* Zurzeit

EU, OECD, WTO

Staat

Regierung, Staatskanzlei und Ministergruppen

Regionalpolitik und Politik für den ländlichen Raum

im engeren Sinne

Regionalverwaltung und Expertenorganisationen

Aktionsgruppen und Unterregionen

Kommunen

Dörfer und Vereine

Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe und Einwohner

umfassend

Land- und Forstwirtschaftspolitik, Naturressourcenpolitik

Sozial- und Gesundheitspolitik

Gewerbe- und Energiepolitik

Steuerpolitik und Haushaltsplan

Regional-, Kreis- und Kommunalpolitik

Umwelt, Gesellschaftsplanung und Wohnungspolitik

Verkehrs-, Medien- und Kommunikationspolitik

Beschäftigungspolitik

Bildung, Wissen, Know-how und Kultur

Programminstrumente der EU

Regionalprogramme

Sonderprogramme einschl. des politischen Gesamtprogramms für den ländlichen Raum

Politische Programme einschl. der Kooperationsgruppe der Aktionsgruppen

Tätigkeit der Aktionsgruppen

Dorfaktivitäten

Typen des ländlichen Raums

dünn besiedelter ländlicher Raum – dichter besiedelter ländlicher Raum
– stadtnaher ländlicher Raum – Städte

Abbildung 1. System der finnischen Politik für den ländlichen Raum

werden die staatlichen und kommunalen Subventionsmittel auf viele alte, teilweise aber ineffektiv arbeitende Organisationen verteilt. Auch in Bezug auf die Eigentums- und Instandhaltungshaftung für Räumlichkeiten sind Veränderungen angezeigt. *Die funktionalen und organisatorischen Strukturen des ländlichen Raums müssen erneuert werden.*

Die Regierung von Ministerpräsident Matti Vanhanen hat sich in ihrem Programm verpflichtet, das politische Gesamtprogramm für den ländlichen Raum zu aktualisieren. Beinahe alle Vorschläge des vorausgegangenen 3. Gesamtprogramms sind jetzt umgesetzt worden. Das neue Programm soll der Weiterentwicklung des ländlichen Raums die Richtung weisen. *Das Gesamtprogramm und das auf seiner Basis erstellte Sonderprogramm konzentrieren sich auf die Fragen einer umfassenden Politik für den ländlichen Raum und ihren Aufbau.*



Politik

AUSGANGSPUNKTE FÜR DIE POLITIK DES LÄNDLICHEN RAUMS

Die Politik für den ländlichen Raum betrifft die Entwicklung der dünn besiedelten Gebiete und der Siedlungszentren mit weniger als 30 000 Einwohnern. Ausgangspunkt sind die Vielfalt des ländlichen Raums und die regionalen Besonderheiten. Es ist die Aufgabe der Politik, die Veränderung der spezifischen Bedarfe, Stärken und Möglichkeiten zu erkennen und anzuerkennen.

Die Politik für den ländlichen Raum ist ein großer Komplex. Sie gliedert sich in die umfassende Politik für den ländlichen Raum und die Politik für den ländlichen Raum im engeren Sinne. Unter der **umfassenden Politik für den ländlichen Raum** ist die Einflussnahme auf alle auch den ländlichen Raum betreffenden Maßnahmen zu verstehen, die von den einzelnen Verwaltungssektoren als Teil der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung veranlasst werden. Die Maßnahmen haben zum Beispiel den primären Zweck, die Verkehrsbedingungen und die Voraussetzungen für die Unternehmertätigkeit und die Ausübung eines Gewerbes zu verbessern oder die Besteuerung den Anforderungen der zunehmend international ausgerichteten Wirtschaft anzupassen. Die **Politik für den ländlichen Raum im engeren Sinne** bezieht sich auf Maßnahmen und Werkzeuge, die explizit der Weiterentwicklung des ländlichen Raums dienen. Zu diesem Zweck werden Gesetze eingebracht sowie finanzielle Ressourcen, Fachwissen und Personal bereitgestellt. Konkret bedeutet das Organisation, Programme, Gesetze und Verordnungen, Abschnitte in den Haushalten von Staat und Regionalverwaltung sowie Forschung. Die Begriffe „umfassend“ und „im engeren Sinne“ verweisen also nicht auf den Umfang oder die Bedeutung von Lösungen und Maßnahmen an sich. Eine interne Norm eines Verwaltungssektors kann dementsprechend unter die umfassende Politik für den ländlichen Raum fallen, während ein umfangreiches EU-Programm für den ländlichen Raum, das große finanzielle Ressourcen einschließt, ein Werkzeug der Politik für den ländlichen Raum im engeren Sinne ist.

Eine effektive Politik für den ländlichen Raum setzt sowohl Maßnahmen der umfassenden als auch der Politik im engeren Sinne voraus. Vor allem in der umfassenden Politik für den ländlichen Raum sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um die Arbeit der einzelnen Verwaltungssektoren zu koordinieren und ihre positive Wirkung zu erhöhen. Das Sonderprogramm konzentriert sich auf Fragen der umfassenden Politik für den ländlichen Raum.

Die Politik für den ländlichen Raum schließt sowohl sektorspezifische als auch regionale Maßnahmen und Strategien ein. Die sektorspezifischen Maßnahmen sind eigene Aufgaben von landesweiter Relevanz, die jedoch auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche (Arbeit, Gesundheit, Bildung etc.) beschränkt sind. Die nach Verwaltungsbereichen gegliederte **Sektorpolitik** pflegt die Grundstrukturen der Gesellschaft, kennt die regionalen Besonderheiten jedoch nicht gut. Oft wird davon ausgegangen, dass die Strategien unabhängig von Ort oder Zielgruppe funktionieren. Neben der Blindheit für die einzelnen Regionen ist es ein Problem der Sektorpolitik, dass die Gesamtperspektive für die Entwicklung des ländlichen Raums vergessen wird. Zusätzlich zur sektorbasierten Arbeit brauchen wir heute mehr horizontale, verwaltungs- und sektorübergreifende Pläne und Aktivitäten.

Ein wichtiger strategischer Ausgangspunkt für eine wirksame Politik für den ländlichen Raum ist das Bestreben, dass sich **jede Ebene des Systems auf ihre spezifischen Aufgaben konzentriert**, seien es die Staatsverwaltung, die Provinzen, die Kommunen oder die lokalen Gemeinschaften. Eine zu streng von oben nach unten ausgerichtete Hierarchie führt zu nichts. Die Forschung betont seit mehreren Jahrzehnten, dass es für die Entwicklung des ländlichen

Raums von Vorteil ist, verwaltungsübergreifende, regionale, auf Partnerschaften basierende und das Empowerment lokaler Stellen fördernde Mittel einzusetzen. In der Politik für den ländlichen Raum im engeren Sinne ist das in der letzten Zeit bereits geschehen. Künftig wird man auf breiterer Ebene in diese Richtung gehen.

Die Ansätze wiederum, die Regionalität und Lokalität hervorheben, fordern eine präziser auf die Besonderheiten der einzelnen Regionen und Gebiete abgestimmte Entwicklung. Sie gewichten auch die **Selbständigkeit auf regionaler und lokaler Ebene** stärker. Die in den letzten Jahren gegründeten Aktionsgruppen und Dorfinitiativen sind Beispiele dafür.

Das vorige politische Gesamtprogramm für den ländlichen Raum trug den Titel „Ländlicher Raum für Menschen“. Dieses Motto beschreibt den grundlegenden Gedanken der Politik für den ländlichen Raum sehr treffend: **Der ländliche Raum wird als wettbewerbsfähiges Wohngebiet und Handlungsumfeld für Menschen weiterentwickelt.** Die Politik für den ländlichen Raum kann sich nicht nur auf Argumente stützen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum betonen.

Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum fördern nur die Grundwerte der Gesellschaft, zum Beispiel Wohlstand. Wenn sich die volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert, erhöht sich nicht automatisch der Wohlstand aller Regionen und Bevölkerungsgruppen auf die gleiche Weise. Deshalb muss der ländliche Raum zu einem wettbewerbsfähigen Wohnumfeld und Unternehmensstandort entwickelt werden. Der ländliche Raum ist wettbewerbsfähig, wenn sowohl die von der öffentlichen Hand als auch die auf dem freien Markt erbrachten Dienstleistungen und die Infrastruktur so funktionieren, dass man dort wohnen und arbeiten kann und der ländliche Raum wirklich für alle Bürger erreichbar ist.

Die Anerkennung der Autonomie der Bürger und ihrer Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, bedeutet jedoch nicht, dass die Gesellschaft den im ländlichen Raum tätigen Menschen allein die Verantwortung für ihren Wohlstand und ihr Wohlergehen überlassen könnte. Die Wahl des Wohnortes ist ein Recht, das die Gesellschaft schützen und festigen muss, indem sie sicherstellt, dass auch der ländliche Raum eine echte, in Betracht zu ziehende Alternative ist.

Gerechtigkeit zu fördern und zu garantieren ist mindestens ebenso grundlegend wie die Unterstützung der Selbständigkeit der Bürger und ihrer Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Gerechtigkeit ist letztlich die Einhaltung des Prinzips, dass alle Bürger gleichwertig und gleichberechtigt sind. Die wesentlichen Basisdienstleistungen der Informationsgesellschaft werden zum Beispiel nicht in gerechter Weise bereitgestellt, wenn ein Bevölkerungsteil deshalb ohne Breitbandanschlüsse bleibt, weil er in einem bestimmten Gebiet wohnt oder arbeitet.

Die Politik für den ländlichen Raum ist darauf ausgerichtet, Maßnahmen in die Wege zu leiten, die den Bürgern Gerechtigkeit bringen und den Regionen einen gleichberechtigten Status einräumen. Eine ausgeglichene regionale Entwicklung lässt sich nicht allein über die Ballungszentren erreichen. Ressourcen müssen direkt in die Entwicklung der nicht zentralen Regionen fließen. Die Förderung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Gebiete geht von ihren jeweiligen Stärken aus.

Der ländliche Raum steht mit den Städten in einer Wechselbeziehung. Es handelt sich um eine vielfältige Gemeinschaft von Menschen, die über Wissen, Know-how und Willenskraft verfügen und immer mehr Berufsgruppen vertreten. Sie verteilt sich auf natürlich gewachsene Streusiedlungen, Dörfer und Kleinstädte, die in die nationalen und internationalen Entwicklungsprozesse eingebunden sind.

Urbane und ländliche Gebiete (November 2001)

- Ballungszentren (44)
- Wechselbeziehung (148)*
- dichter besiedelter ländlicher Raum (178)
- dünn besiedelter ländlicher Raum (129)

* Das Gebiet, in dem die Politik für den ländlichen Raum und die Städtepolitik in Wechselbeziehung stehen, umfasst 37 Gemeinden, die zum dichter besiedelten ländlichen Raum zählen, und 14 dünn besiedelte Gemeinden. Jämsä und Uusikaupunki gehören sowohl zum Städtenetz als auch zum dichter besiedelten ländlichen Raum. Auf der Karte sind sie nur als Gebiet eingezeichnet, in dem die Politik für den ländlichen Raum und die Städtepolitik in Wechselbeziehung stehen.

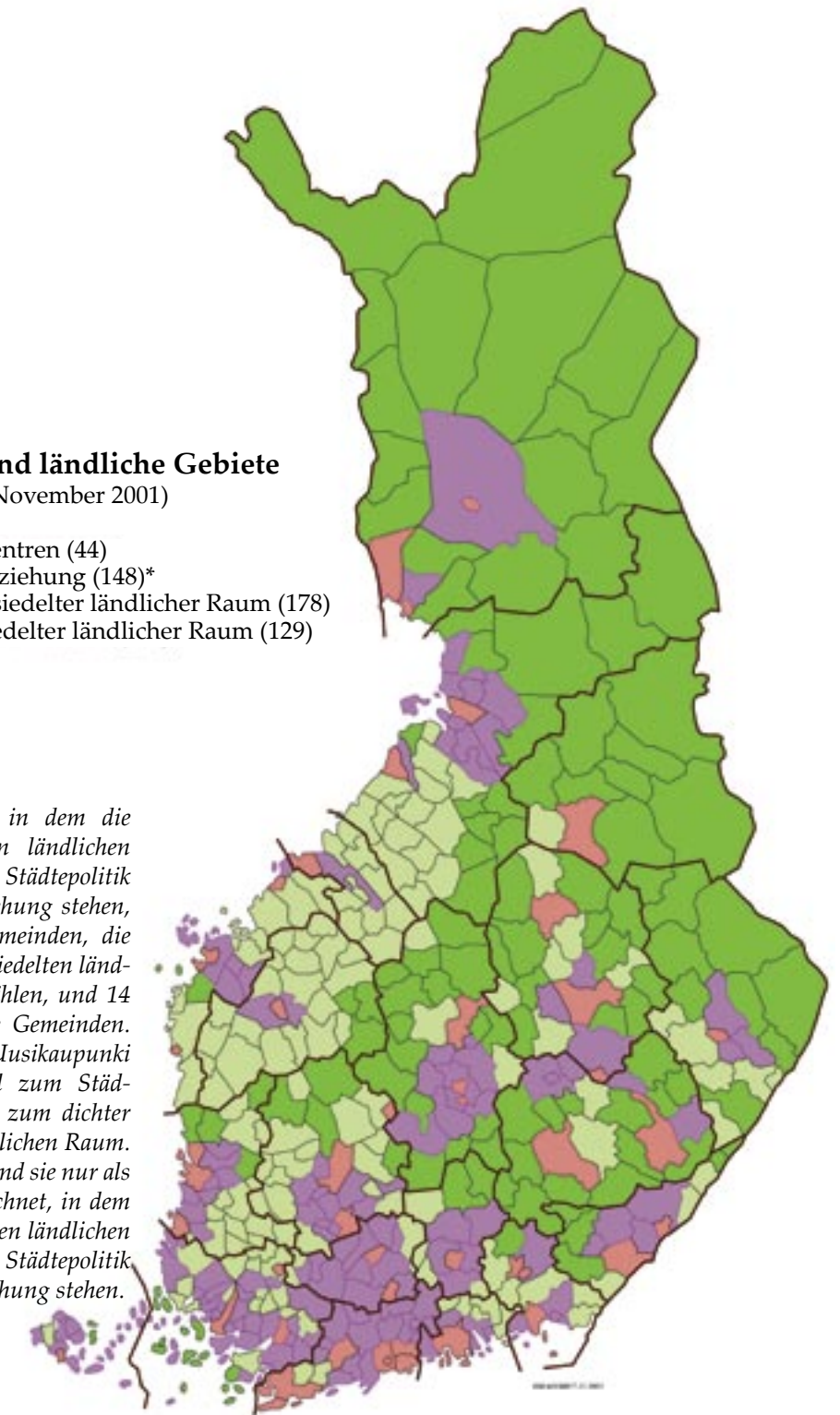


Abbildung 2. Die finnischen Gemeinden in der Gegenüberstellung Ländlicher Raum – Ballungszentrum



Kooperatio

KOOPERATIONSGRUPPE FÜR DIE POLITIK DES LÄNDLICHEN RAUMS

Die von der Regierung eingesetzte Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums (im Folgenden: Kooperationsgruppe) bereitet die Politik für den ländlichen Raum auf landesweiter Ebene vor und entwickelt ihr System weiter. Ihre Tätigkeit unterstützt die regionale und lokale Weiterentwicklung des ländlichen Raums und verbessert die Voraussetzungen, um die von der EU mitfinanzierten Programme und sonstigen Werkzeuge zur Weiterentwicklung des ländlichen Raums zu nutzen. Die Maßnahmen der Politik für den ländlichen Raum werden in Zusammenarbeit mit dem Staat, den Kommunen, den Unternehmen und Verbänden umgesetzt und betreffen alle Einwohner, unabhängig von Beruf, Alter oder Geschlecht.

Die Kooperationsgruppe arbeitet verwaltungsübergreifend und profitiert dabei von der umfassenden Vernetzung. In der Gruppe sind neun Ministerien und mehrere Organisationen, die sich für den ländlichen Raum einsetzen, vertreten. Die Regierung hat die gegenwärtige Kooperationsgruppe für den Zeitraum 15.5.2002–15.5.2005 berufen. Die erste Kooperationsgruppe wurde 1988 eingesetzt. In den letzten Jahren sind viele Aufgaben hinzugekommen. Unter anderem sind die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch auf internationaler Ebene heute ein wesentliches Element der Tätigkeit.

Aufgaben

- Verbesserung der Zusammenarbeit in der Politik für den ländlichen Raum
- Ausarbeitung und Umsetzung des politischen Gesamtprogramms für den ländlichen Raum und Unterstützung der Regierung bei der Aufstellung und Umsetzung des politischen Sonderprogramms für den ländlichen Raum auf der Basis des Gesamtprogramms
- Vorbereitung von Maßnahmen zur Förderung von Programmen und Projekten im Rahmen der Politik für den ländlichen Raum
- Vorbereitung von Maßnahmen, die das Unternehmertum fördern und die Beschäftigung in den ländlichen Gebieten verbessern
- Förderung themenspezifischer und überregionaler Vernetzungsprojekte, insbesondere im Bereich der Holzwarenindustrie, der kleinen und mittleren Unternehmen in der Lebensmittelbranche, des Fremdenverkehrs, der Telearbeit und der Dorfaktivitäten unter Verwendung der Mittel aus EU-Richtprogrammen und Gemeinschaftsinitiativen
- Stärkung der operativen Grundstruktur des ländlichen Raums, der Forschung zum ländlichen Raum und des Know-hows
- Vorbereitung von politischen Stellungnahmen zum ländlichen Raum, die mehrere Verwaltungssektoren betreffen, und Erstellung von Gutachten zu Lösungen, die in den Bereich der Politik für den ländlichen Raum fallen
- Entwicklung von kombinierten Dienstleistungen für den ländlichen Raum und Möglichkeiten der Umstrukturierung von Dienstleistungen
- Zusammenarbeit mit den Akteuren der Städtepolitik bei Programmen und Projekten, die die Wechselbeziehungen zwischen ländlichem Raum und Stadt erhöhen und die Migration eindämmen.

Entwicklungsbereiche und Arbeitsformen

Die Entwicklung des ländlichen Raums deckt die ländlichen Gebiete und den Großteil der finnischen Städte ab, die klein sind. Die Tätigkeit stützt sich auf nationale und EU-Programme. Sie umfasst Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die Tätigkeit der Vereine für die Entwicklung des ländlichen Raums (Aktionsgruppen), der Dorfvereine und verschiedener Sonderverbände, den Aufbau vielfältiger Netzwerke und die Arbeit der Themengruppen. *Entwicklungsbereiche* sind Telearbeit, Lebensmittelproduktion, Wohlfahrtsdienstleistungen, Wechselbeziehung zwischen Stadt und Land, Kultur, Dorfentwicklung, Nutzung und Vertrieb von Naturprodukten, Fremdenverkehr im ländlichen Raum, Beratung, Forschung, Frauen, Jugend, Wissen und Know-how, Holzwarenindustrie, abgelegene ländliche Gebiete, Stärkung der Vertraglichkeit im ländlichen Raum, Tätigkeit der Aktionsgruppen sowie unterschiedliche Arbeits- und Unternehmensformen.

Politisches Gesamtprogramm für den ländlichen Raum

- Das Gesamtprogramm konzentriert sich auf Fragen der umfassenden Politik für den ländlichen Raum, d.h. auf den regionalen Einfluss der Tätigkeit der Sektorverwaltungen sowie auf Maßnahmen, die die negativen Effekte dieser Tätigkeit mildern und ihre positive Wirkung stärken. Die Vorschläge des Gesamtprogramms unterstützen das System der Politik für den ländlichen Raum. Das Programm, das etwa alle vier Jahre erneuert wird, enthält einen straffen strategischen Ansatz und zahlreiche konkrete Entwicklungsvorschläge. Die Kooperationsgruppe bringt die Vorschläge dieses Aktionsprogramms in Verhandlungen, Projekte und die Arbeit der Themengruppen ein und nimmt auf unterschiedliche Weise Einfluss. Das Gesamtprogramm verbindet und harmonisiert die Aufgaben der Akteure im ländlichen Raum, um Kräfte zu bündeln und die Effektivität zu erhöhen.

Politisches Sonderprogramm für den ländlichen Raum

- Mit der Ausarbeitung des politischen Gesamtprogramms für den ländlichen Raum werden gleichzeitig die politischen Leitlinien abgesteckt, d.h., es schließt die Aufstellung des politischen Sonderprogramms für den ländlichen Raum ein, das von der Regierung gebilligt werden muss. Das Sonderprogramm enthält die Leitgedanken und Entscheidungen der Regierung, die die Politik für den ländlichen Raum in den Jahren 2005 und 2006 betreffen. Die Kooperationsgruppe arbeitet das Gesamtprogramm aus und unterstützt die Regierung bei der Aufstellung und Umsetzung des Sonderprogramms.

Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums und ihre Referenten

- Die Kooperationsgruppe hat 21 Mitglieder, die verschiedene Organisationen vertreten. Jedes Mitglied hat einen Stellvertreter. Mehr als 50 Beamte und Angestellte der Mitgliedsorganisationen arbeiten einen Teil ihrer Zeit als Referenten für die Kooperationsgruppe. Damit echte Zusammenarbeit und eine Vernetzung der Tätigkeiten möglich sind, müssen auch die einzelnen Organe verwaltungsübergreifend arbeiten und organisiert werden.

Themen- und Arbeitsgruppen sowie Themenprogramme

- Ein Teil der Themen- und Arbeitsgruppen ist befristet eingesetzt, andere bestehen langfristig. Im letztgenannten Fall werden die Zusammensetzung der Gruppe und ihre Aufgaben mindestens alle drei Jahre überprüft.
- Die Kooperationsgruppe beschäftigt ständig 10–15 Themengruppen, die in den oben genannten Bereichen arbeiten. Sie stecken die Grundzüge der landesweiten Entwicklungsarbeit zu ihrem Thema ab und vertreten im Kooperationsnetz ihres Bereichs die staatliche Seite. Zu vielen Themen gibt es bereits eigene Entwicklungsprogramme und die Arbeit der Themengruppen in den Regionen wird intensiviert.
- Eine Themen- und Arbeitsgruppe ist manchmal ein Labor, in dem eine Idee so weit reift, dass sie die betroffenen Seiten zu interessieren beginnt. Es ist gut, dass in Finnland ein eigener parlamentarischer Ausschuss für die Angelegenheiten des Schärengebiets zuständig ist und die Verantwortung für die Dorfentwicklung bei dem Finnischen Verband für Dorfkaktivitäten SYTY liegt, der Interessenvertretung des kontinuierlich stärker und selbständiger werdenden Dorfnetzes, und dass die vom Arbeitsministerium eingesetzte Kooperationsgruppe für Telearbeit die Telearbeit fördert. Von den Themen- und Arbeitsgruppen der Kooperationsgruppe haben u.a. die Arbeitsgruppe Aktionsgruppen, die Themengruppe Fremdenverkehr im ländlichen Raum und die Themengruppe Wohlfahrtsdienstleistungen großen Einfluss in ihrem Bereich.

Landesweite Forschungs- und Entwicklungsprojekte und Publikationsreihe der Kooperationsgruppe

- Die Kooperationsgruppe hat in den letzten Jahren jährlich 3,3 Millionen Euro für rund 70 Forschungs- und Entwicklungsprojekte aufgewendet. Die Mittel sind unter anderem in acht Professuren für die Forschung zum ländlichen Raum und zahlreiche Dissertationen geflossen. Die Kooperationsgruppe veröffentlicht im Jahr etwa 10 bereichsbezogene Programme oder sonstige Berichte mit neuen Informationen und Anregungen.

Die Entwicklung der Politik für den ländlichen Raum ist jetzt zur Hälfte abgeschlossen. Es sind viele Arbeitsformen eingeführt worden. Der Politikbereich wird institutionalisiert, leidet als Projekt aber weiterhin unter dem Ruf der Vorläufigkeit. Die Kooperationsgruppe war einschließlich ihrer Vorgänger zwölf Jahre im Amt, bevor sie in der Gesetzgebung berücksichtigt wurde und eine Geschäftsordnung erhielt. Es war besonders schwer, staatliche Mittel für die neuen Arbeitsformen zu bekommen. Dennoch sind in den 15 Jahren, in denen die Politik für den ländlichen Raum als solche aufgebaut worden ist, Fortschritte erzielt worden.

Politisches Denken zum ländlichen Raum in Finnland

Die Politik für den ländlichen Raum ist ein neuer Bereich und geht in den einzelnen Ländern und supranationalen Organisationen von unterschiedlichen Ansätzen aus. Die landwirtschaftsorientierte Entwicklung des ländlichen Raums in der EU repräsentiert ein politisches Denken, bei dem der ländliche Raum als von der Landwirtschaft beherrschtes Gebiet gesehen wird, das sich durch Unterstützung der Landwirtschaft

weiterentwickelt. Die Strukturpolitik der EU ist in erster Linie regionsorientiert. Der ländliche Raum wird leicht als Unterlegener, als schwacher Akteur gesehen, der die Einflüsse des globalen Handlungsumfelds auf die regionale Wirtschaft aufnimmt, ohne in der Lage zu sein, sie zu modifizieren. Der Begriff „ländlicher Raum“ ist in der EU immer öfter zu hören, doch die Kriterien, politischen Grundlagen und Finanzströme beziehen sich auf die Landwirtschaft.

Wenn der ländliche Raum in der Politik ein Element der gesellschaftlichen Gliederung ist, handelt es sich um eine politische Frage, die nicht über die Landwirtschaft oder als Teil der Regionalwirtschaft zu lösen ist. Die Politisierung des ländlichen Raums als solchem bringt die überkommenen Machtkonstellationen in der Landwirtschafts- und der Regionalpolitik durcheinander. *Die finnische Politik für den ländlichen Raum geht bereits seit Jahren von diesen Prämissen aus.*

Die Wissenschaftler unterscheiden in den Auffassungen zum ländlichen Raum die landwirtschaftliche Tradition, die naturalistische Beziehung zum ländlichen Raum, die Empfindung, dass der ländliche Raum beim Aufbau einer modernen Volkswirtschaft ein Hindernis bildet, und die Tradition der abgelegenen Gegend, in der mit ländlichem Raum ungünstige natürliche Gegebenheiten assoziiert werden. Aufgrund der natürlichen Bedingungen gehört in Finnland auch *die abgelegene Gegend zum Konzept des ländlichen Raums.*

Der Schwachpunkt der finnischen Politik für den ländlichen Raum ist seit vielen Jahren der Mangel einer politischen Führung. Die Kooperationsgruppe ist eine Beamten- und Expertenorganisation. Die politische Steuerung beschränkt sich über EU-Programme vor allem auf die Werkzeuge zur Entwicklung des ländlichen Raums. Auch die EU-Programme sind zu einem sehr großen Teil Arbeit von Beamten, und jedes Programm ist nur ein Teilfaktor der Politik für den ländlichen Raum insgesamt. Mit der Einführung des neuen finnischen Regionalentwicklungsgesetzes hat eine Ministergruppe die Leitung der Politik für den ländlichen Raum übernommen. Unter ihrer Führung wurden das vierte politische Gesamtprogramm für den ländlichen Raum und auf dessen Basis das politische Sonderprogramm für den ländlichen Raum ausgearbeitet. Das Verfahren erinnert an die verwaltungsübergreifenden politischen Programme, die die Regierung von Ministerpräsident Vanhanen eingeführt hat und die in vier gesellschaftlichen Bereichen umgesetzt werden. Außerdem benutzen die Volksvertreter seit gut zwei Jahren das vom Parlament gegründete „Netz des ländlichen Raums“, dem 78 Abgeordnete angehören, als freiwilliges Diskussionsforum.

Weil der Bedarf, Entscheidungen verwaltungsübergreifend vorzubereiten und zu fällen, in den ländlichen Gebieten von Tag zu Tag wächst, müssen fortlaufend sinnvolle Lösungen gesucht werden. *Die Erfahrungen der Kooperationsgruppe sind positiv: Die anfangs unzureichenden Aktivitäten haben Schritt für Schritt an Kraft und Wirkung gewonnen.*

Bildarchiv des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten



Abbildung 3. Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums (31.7.2004)



Grundzüge

GRUNDZÜGE DER POLITIK FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

- Unterstützung der öffentlichen und privatwirtschaftlichen Tätigkeiten, die sich die Wechselbeziehung zwischen Stadt und Land zunutze machen.
- Bürger, die eine Freizeit- oder Zweitwohnung in den ländlichen Regionen haben, werden bei der Entwicklung des ländlichen Raums stärker und unter mehr Aspekten berücksichtigt als bisher.
- Es werden Maßnahmen in die Wege geleitet, die den Bürgern Gerechtigkeit bringen und den Regionen einen gleichberechtigten Status einräumen. Eine ausgeglichene regionale Entwicklung lässt sich nicht allein über die Ballungszentren erreichen. Ressourcen werden der Entwicklung der nicht zentralen Regionen direkt zugeführt. Die Förderung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Gebiete geht von ihren jeweiligen Stärken aus.
- Im Vordergrund steht der ungeachtet der strengen klimatischen Bedingungen, der dünnen Besiedlung und der großen Entfernungen funktionierende, gesunde und wettbewerbsfähige ländliche Raum, der sich selbst Ziele steckt und in der Lage ist, diese als gleichberechtigter Partner umzusetzen, weil ein vielschichtiges, anpassbares System zur Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung steht.
- Auf Kommunalebene werden die Einflussmöglichkeiten der Bürger bestätigt, weil mehr Akteure benötigt werden und die repräsentative Demokratie lokal nicht immer effizient genug ist.
- Die Etablierung der Kräfte bündelnden, Wissen und Know-how verbessernden und auf Kooperation basierenden Arbeitsformen (Dorfaktivitäten, kommunale Zusammenarbeit, regionale Unternehmensdienstleistungen, Arbeit der Aktionsgruppen und Konzentration von Wissen und Know-how) wird fortgesetzt.
- Die Aktionsgruppenarbeit wird als ein ständiges Instrument der Politik für den ländlichen Raum weiterentwickelt.
- Im ländlichen Raum wird die positive Einstellung gegenüber Einwanderern gefördert. Durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit in Schulen, Dorfvereinen, Aktionsgruppen und Kirchengemeinden soll erreicht werden, dass die Bürger die zunehmende kulturelle Vielfalt als gesellschaftliche Bereicherung sehen.
- Faktoren, die das Wohnen im ländlichen Raum unattraktiv machen, werden verringert. Es wird dafür gesorgt, dass der ländliche Raum seine Wettbewerbsfähigkeit als gesunde, sichere, im Einklang mit der Natur stehende und von den gesellschaftlichen Kosten her angemessene Lebensumgebung behält, damit sich mehr Menschen dafür entscheiden, im ländlichen Raum zu wohnen.
- Der Neubau von Freizeitwohnungen wird durch eine flexible Ausnahmepolitik gesichert, solange die Erstellung der Flächennutzungs- und Bebauungspläne nicht abgeschlossen ist. Die Bauaufsicht und Bausteuerung werden dahingehend weiterentwickelt, dass sie den Umbau von Freizeitwohnungen für die ganzjährige Nutzung ermöglichen.
- Kulturelle Veranstaltungen und Amateurkunst im ländlichen Raum bleiben nicht nur auf die Kräfte des Marktes oder zufällige lokale Finanzierungsmöglichkeiten angewiesen, sondern für den ländlichen Raum wird langfristig überregional kulturpolitische Verantwortung übernommen.
- Ausbildung und Beratung werden modernisiert. Es wird dafür gesorgt, dass ein vielseitiges Angebot zur Verfügung steht und in Anspruch genommen werden kann.

- Das vielfältige regionale Erwachsenenbildungsangebot wird durch Elemente ergänzt, die die Weiterentwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum verbessern.
- Um Innovationen zu fördern und weiterzuentwickeln, wird die ausgedehnte Vernetzung aller Akteure unterstützt.
- In der Wirtschaftsstruktur des ländlichen Raums wird die Weiterentwicklung des privaten Dienstleistungssektors gefördert. Unter anderem der Wohlfahrtssektor, die Bereiche Fremdenverkehr und Kultur sowie die Telearbeit bieten hier ein Potenzial. Für die Wettbewerbsfähigkeit der starken Industrie im ländlichen Raum wird auch im Zeitalter der Globalisierung gesorgt.
- Die Tätigkeitsvoraussetzungen für Kleinunternehmer im ländlichen Raum werden durch vielseitige regionale Unternehmerdienstleistungen und durch Vertrauen in die Selbstorientierung der Unternehmer verbessert.
- Spätestens bis zum Jahr 2007 werden schnelle Telekommunikationsverbindungen gebaut, die das ganze Land abdecken, in jedes Dorf reichen und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen.
- In der Landwirtschaft und der gesamten Lebensmittelkette soll mehr Gewicht auf Produkte mit hoher Wertschöpfung gelegt werden. Die Produktion der Betriebe soll vielfältiger werden und es wird empfohlen, weitere Tätigkeiten hinzuzunehmen.
- Die Struktur der Unternehmenstätigkeit im ländlichen Raum wird in der allgemeinen Gewerbepolitik berücksichtigt. Die öffentlichen Systeme und Dienstleistungen, die die Unternehmenstätigkeit unterstützen, werden so aufgebaut, dass der Bedarf der Kleinstunternehmen die Grundlage der strukturellen Lösungen bildet.
- Als globalisierungspolitische Entscheidung zugunsten des finnischen Wohlstands, der Beschäftigung und der Regionalstruktur wird die Fähigkeit der Industrie bewahrt, Industriearbeitsplätze in Finnland zu erhalten. Das verlangt von der Industrie eine dynamische Modernisierung, die durch die Gewerbepolitik nachdrücklich unterstützt wird.
- Die privaten Dienstleistungsbranchen werden im ländlichen Raum den natürlichen und neuen Potenzialen gemäß weiterentwickelt. Bei der Unterstützung der Unternehmenstätigkeit und der öffentlichen Förderung sollen die Dienstleistungsbranchen der Industrie gleichgestellt werden.
- Alle Wirtschaftszweige haben als Erwerbsquelle einen gleichberechtigten Status.
- In der Forstindustrie werden die hohe Holzqualität, die großen Mengen und der hohe Weiterverarbeitungsgrad genutzt, um den Menschen im ländlichen Raum Arbeit und ein Auskommen zu geben.
- Die Fischwirtschaft wird vielseitiger gestaltet und zu einem Erwerbszweig entwickelt, der auf den Besonderheiten und dem speziellen Know-how der jeweiligen Region aufbaut. Um die gewerbliche Fischwirtschaft regional ausgeglichen weiterzuentwickeln, schenken die für die Fischwirtschaft zuständigen Abteilungen der Zentralen für Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung der Ausnutzung der vorhandenen Strukturen der gewerblichen Fischwirtschaft und der Anwendung von Know-how und Innovationen besondere Aufmerksamkeit.
- Das kommunale Finanzierungssystem soll das Angebot an Basisdienstleistungen sichern und die Kommunen dazu motivieren, ihre Dienstleistungen in effizienter Weise zu erbringen.
- In den nationalen, regionalen und lokalen Entscheidungssystemen werden Entscheidungen, die den ländlichen Raum betreffen, unter dem Gesichtspunkt der Schwächung oder Stärkung der Kleinökonomie beurteilt.
- Für die Finanzierung des ländlichen Raums werden mindestens in der gegenwärtigen Höhe Mittel bereitgestellt.



Vorschläge

VORSCHLÄGE DES GESAMTPROGRAMMS

Das Programm „Lebendiger ländlicher Raum“ enthält 133 Vorschläge. In der Zusammenfassung werden sie verkürzt und in fünf Gruppen aufgeführt. Die Vorschläge von Teil I und III des Gesamtprogramms finden sich unter der Überschrift „System und Methoden der Politik für den ländlichen Raum“. Die vier anderen Gruppen folgen der thematischen Einteilung von Teil II des Gesamtprogramms: Stärkung der operativen Strukturen im ländlichen Raum, Gewerbe- und Arbeitsreform, Erhaltung und Aufbau der Basisdienstleistungen sowie Anhebung des Niveaus von Wissen und Know-how.

System und Methoden der Politik für den ländlichen Raum

- In Bezug auf die Wechselbeziehung zwischen Stadt und ländlichem Raum wird stärker als bisher territorial gegliedert: Stadt, stadtnaher ländlicher Raum/Gebiet, in dem Stadt und Land in Wechselbeziehung stehen, dichter besiedelter ländlicher Raum und dünn besiedelter ländlicher Raum.
- Bei der Aufstellung, Umsetzung und Evaluierung der Programme für die Regionen und der EU-Programme wird die Gliederung der Gebiete stärker als bisher berücksichtigt.
- Die Politik für den ländlichen Raum wird dauerhaft einer politischen Führung unterstellt.
- Eine Verwaltungsperson wird eingesetzt, die Vorschläge bezüglich der besten und einander ergänzenden Praktiken der Regionalpolitik, der Politik für den ländlichen Raum und der Landwirtschaftspolitik macht.
- Die Arbeit der Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums wird ein festes Element des finnischen Regionalentwicklungssystems und die Weiterentwicklung der Politik für den ländlichen Raum wird fortgesetzt.
- Die Methoden und die Finanzierung der verwaltungsübergreifenden politischen Programme einschließlich der Politik für den ländlichen Raum werden auf der Grundlage der Erfahrungen weiterentwickelt.
- Das regionale Programm für den ländlichen Raum ALMA wird mit einem entsprechenden nationalen Programm (ELMA) fortgesetzt, das ein Budget von 35 Millionen Euro hat.
- Die ungünstigen Auswirkungen einer möglichen Verschiebung des kommenden EU-Programmplanungszeitraums werden durch Schulung und sorgfältige Vorbereitung der EU-Programme des neuen Planungszeitraums aufgefangen.
- Die Strategie und die Maßnahmen der Politik für den ländlichen Raum werden für eine breite Basis von Kooperationsgruppen in den Regionen vorbereitet.
- Zur Einarbeitung der Kommunalvertreter, die 2005 ihre Arbeit aufnehmen, wird Material zusammengestellt, in dem die Konstellationen der Regionalentwicklung und der Politik für den ländlichen Raum beschrieben sind.
- Die Kirchengemeinden beteiligen sich aktiver als bisher an der Entwicklung des ländlichen Raums.
- Die Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums gründet eine Themengruppe Wohnen im ländlichen Raum.
- Die Gesetzgebung zur Bodennutzung wird dahingehend reformiert, dass sie bessere Möglichkeiten für das langfristige Wohnen in Freizeitwohnungen oder deren Umbau für die ständige Nutzung gewährt.

- Die Themengruppe Kultur der Kooperationsgruppe erstellt ein Kulturprogramm für den ländlichen Raum.
- Die Finanzierungssysteme für Programme und Projekte sollen rentabler und flexibler werden, so dass Zahlungsverzögerungen bei Projektmitteln und das Eigenfinanzierungsrisiko kein Hindernis bilden.
- Bei den öffentlichen Beratungs- und Finanzierungsdienstleistungen für Unternehmen wird das Gewicht auf die Zunahme der Dienstleistungsunternehmen und die Verbreitung von neuen Dienstleistungen für den ländlichen Raum sowie Formen ihrer Organisation (zum Beispiel kombinierte Dienstleistungen) gelegt.
- Der ausreichend gute Zustand des gesamten Straßennetzes wird durch höhere Ausgabenansätze für die Straßenerhaltung sichergestellt.
- Die staatlichen Mittel für den öffentlichen Personenverkehr werden erhöht, die Weiterentwicklung und Ausweitung der Kombination von Fahrten, des öffentlichen Personennahverkehrs auf Bestellung und des Serviceverkehrs wird fortgesetzt.
- Die Kombination von Fahrten, deren Kosten die Gesellschaft trägt, wird zu einer festen Einrichtung und das System wird auf ganz Finnland ausgedehnt.
- Nahtransporte werden gefördert und die durch Pilotprojekte gewonnenen Erfahrungen bei der Erstellung von Dienstleistungen und beim Gütertransport angewendet.
- Bei der staatlichen Besteuerung können Fahrtkosten abgesehen vom Selbstkostenanteil abgesetzt werden. Die aus langen Fahrten resultierenden Beeinträchtigungen werden für Personen, die in dünn besiedelten Kommunen in Streusiedlungen wohnen, durch Kraftstoffsteuererleichterungen gemildert.
- Eine Arbeitsgruppe wird eingesetzt, um aus der Perspektive des lebendigen ländlichen Raums, des Einkommensniveaus der Landwirte und der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu untersuchen, welche anderen Möglichkeiten als die Basisproduktion es für die Landwirte gibt.
- Auch in Zukunft sollen in ganz Finnland Voraussetzungen für die Ausübung der Landwirtschaft geschaffen werden. Finanziert werden auch die Diversifizierung der Unternehmenstätigkeit im ländlichen Raum und die Verbesserung der Funktionsfähigkeit von Gemeinschaften im ländlichen Raum.
- Es werden regionale Modellrechnungen aufgestellt, um zu ermitteln, was die Alternativen der Landwirtschaftspolitik für die Regionalwirtschaft bedeuten.
- Bei der Planung der Landwirtschaftspolitik werden die ausgewogene Entwicklung der verschiedenen Landesteile und bei der Verteilung der Regionalentwicklungsmittel die regionalen Unterschiede und Bedürfnisse berücksichtigt. Das gilt auch für die Abstufung der Unterstützung.
- Die Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums wird für die neue Amtszeit 16.5.2005–16.5.2008 eingesetzt.
- Die Regionalentwicklung insgesamt wird von der Ministerarbeitsgruppe für Verwaltung und Regionalentwicklung koordiniert. Die Follow-up-Gruppe für die regionalpolitischen Maßnahmen beschäftigt sich auch intensiv mit dem Komplex Städtepolitik und Politik für den ländlichen Raum.

Stärkung der operativen Strukturen im ländlichen Raum

- Über die Entwicklung der Ressourcenzentren wird ein Bericht erstellt. Die Themengruppe Frauen und die Frauenverbände richten in 10 Provinzen schrittweise Ressourcenzentren ein.
- Die Themengruppe Frauen der Kooperationsgruppe gründet in jeder Region eine regionale Themengruppe Frauen.

- Abschlussarbeiten und Praktikumsplätze für Jugendliche in den Unternehmen und Verbänden des eigenen Gebiets sowie für Auszubildende in der Nähe des Ausbildungsortes im ländlichen Raum
- Die Bildungseinrichtungen ermutigen die Jugendlichen in der Unternehmererziehung dazu, sich bereits während der Ausbildung als Unternehmer zu versuchen.
- Verbreitung der guten Erfahrungen mit den Beteiligungsgruppen der Jugendlichen in den Kommunen und Unterregionen.
- Klare Zielsetzungen für die Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum im Programmplanungszeitraum 2007–2013 und Instrumente für von Jugendlichen durchgeführte Projekte.
- Die Kooperationsgruppe unterstützt die Entstehung von regionalen Jugendnetzen.
- Die Kooperationsgruppe gründet ein landesweites Jugendnetz, das von unten nach oben arbeitet und sich in der Hauptsache aus Mitgliedern der regionalen Jugendnetze zusammensetzt.
- Die staatlichen Zuschüsse für Dorfaktivitäten werden jährlich um 200 000 Euro auf ein Niveau angehoben, das dem anderer staatliche Zuschüsse erhaltender Organisationen vergleichbar ist.
- Die Zahl der Vereine, die Dorfaktivitäten organisieren, wird bis Ende 2008 von derzeit 2 300 auf 2 700 erhöht. Die Dorfplanung und die regionalen Programme für die Dörfer werden in die Regional- und Kommunalplanung und die Regionalprogramme integriert.
- Es werden Methoden gesucht und geschaffen, um die Dorfbewohner in die Infrastrukturplanung und die praktische Weiterentwicklung ihres Dorfes einzubeziehen.
- Die Dörfer unterstützen als Vermittlerorganisationen ältere Menschen, die zuhause wohnen, indem sie ergänzende Betreuungsdienste organisieren und weiterentwickeln, die die professionelle Altenpflege in den Kommunen unterstützen.
- Die Ministerien nehmen in ihre Entwicklungs- und Strukturfondsprogramme im Programmplanungszeitraum 2007–2013 die Finanzierung der Aktionsgruppenarbeit auf. Der öffentliche Anteil der Programmfinanzierung wird auf 50 Millionen Euro im Jahr erhöht.
- Grundmittel für die Verwaltung der Verbände zur Entwicklung des ländlichen Raums.
- Mit einem Pilotprojekt der POMO+-Aktionsgruppen werden alle Gruppen auf den neuen Programmplanungszeitraum vorbereitet und die praktischen Methoden der Jahre 2005–2006 getestet. Die Finanzierung der Pilotgruppen wird 2007 mit 2,5 Millionen Euro fortgesetzt.
- In der Zusammenarbeit der Kommunen werden die Bearbeitung von Aufgabenkomplexen und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Möglichkeiten der Kommunen betont.
- Die staatliche Unterstützung für die Kommunen wird in vollem Umfang an den Lebenskostenindex angepasst. Im Sozial- und Gesundheitswesen wird die Finanzierung der staatlichen Zuschüsse zu Investitionen gesichert, im Bildungswesen wird sie zumindest für den Gesamtschulunterricht und die Bibliotheken aufrechterhalten. Die Möglichkeit, die Ausgleichsgrenze des staatlichen Zuschusssystem anzupassen, wird geklärt. Der starke Bevölkerungsrückgang wird als besonderer Faktor in das System einbezogen.
- Für die öffentliche Verwaltung werden neue, von zwei gleichberechtigten Seiten ausgehende Arbeitsformen geschaffen, mit denen sich Wechselbeziehungen ausnutzen lassen.
- In das künftige Ziel-2-Programm wird die Finanzierung der Aktionsgruppenarbeit aufgenommen. Die Mittel werden den in der Stadt agierenden lokalen Entwicklungsverbänden zugewiesen.

- Das Thema Wechselbeziehung zwischen Stadt und Land wird auf breiter Ebene in das politische Programm zur Einflussnahme der Bürger integriert.
- Aus den Gebietsforen der Städte und den Stadtteilvereinen werden Entwicklungsverbände gebildet, die auf trilateraler Basis arbeiten.

Gewerbe- und Arbeitsreform

- Die Finanzmittel des finnischen Zentrums für Technologieförderung (Tekes) werden der vielschichtigen Vernetzung der Produktionsketten sowie der Entwicklung von innovativem technologischem Know-how für den ländlichen Raum zugeführt.
- Das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten und das Ministerium für Handel und Industrie klären, wie sich die Investitionen und Entwicklungsmaßnahmen von im ländlichen Raum aktiven Unternehmen unterschiedlicher Branchen flexibel und verwaltungsübergreifend finanzieren lassen.
- Den Zentralen für Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung werden ausreichende Ressourcen zugewiesen, um Planstellen für Mitarbeiter zu schaffen, die sich mit der Entwicklung des ländlichen Raums beschäftigen, und um die Mitarbeiter effizient einzuarbeiten.
- Bei der Entwicklung von Subventionssystemen werden die regionalen Unterschiede in den Produktionsmöglichkeiten, die Bedeutung der Landwirtschaft für die Regionalwirtschaft und die Beschäftigung sowie die alternativen Erwerbsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe berücksichtigt.
- Auf die Voraussetzungen für die Landwirtschaft und andere Unternehmenstätigkeiten im ländlichen Raum wird wie in anderen EU-Ländern über die nationale Steuerpolitik Einfluss genommen.
- Es wird ein landesweiter Zielsetzungs- und Maßnahmenkatalog für die Landschaftspflege aufgestellt.
- Das landesweite Programm für den Forstsektor wird in der Weise reformiert, dass es von den regionalpolitischen Zielsetzungen und den Zielsetzungen der Politik für den ländlichen Raum ausgeht.
- Die regionalen Forstprogramme werden mit dem Regionalprogramm und der gewerbepolitischen Planung der Zentralen für Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung verknüpft. Die regionalen Forsträte werden zu einem Sachverständigenorgan für die Regionalentwicklungstätigkeit im Bereich der Forst- und Holzindustrie weiterentwickelt.
- Die Organisationen arbeiten zusammen, um das Interesse der im ländlichen Raum lebenden Jugendlichen an einer Beschäftigung in der Forstwirtschaft zu erhöhen.
- In der zweiten Jahreshälfte 2004 wird das gewerbepolitische Programm für die Holzwarenindustrie fertiggestellt und das Programm zur Förderung des Holzbaus wird in vollem Umfang umgesetzt.
- Für die Jahre 2006–2008 wird für die kleinen und mittleren Unternehmen der Lebensmittelbranche ein landesweites Image geschaffen und eine Absatzförderungsstrategie entwickelt.
- Bei der Vorbereitung des Lebensmittelgesetzes und der entsprechenden Verordnungen wird darauf geachtet, die Tätigkeitsvoraussetzungen für kleine Unternehmen zu erhalten und in ganz Finnland einheitliche Verfahren einzuführen.
- Zur Unterstützung der Zusammenarbeit mit den Erzeugern werden EU-Mittel für die Landwirtschaft genutzt.
- Die künftige Ausrichtung der Lebensmittelbranche einschließlich der Kleinunternehmen wird in die Regionalprogramme aufgenommen.
- Der Fremdenverkehr im ländlichen Raum bleibt im Zusammenspiel der regionalen und staatlichen Maßnahmen aktuell.

- Die Themengruppe Fremdenverkehr im ländlichen Raum sorgt landesweit für die Weiterentwicklung des Aktivitätenangebots, die Planung der Verkehrswege und die Organisation des Marketings.
- Bei der Entwicklung des Wildmarktouren- und Naturreiseangebots, beim Marketing und im Verkauf wird in ganz Finnland das Partnerschaftsmodell Villi Pohjola („Wild der Norden“) eingeführt.
- Das Schulungsprogramm zum Kundenservice, Palvelua Sydämellä („Service mit Herz“), wird in die landesweiten Qualitätsmanagementsysteme integriert.
- Zur Bestimmung des volkswirtschaftlichen Werts besonderer Naturprodukte wird ein Modell entwickelt.
- Für die im Bereich wildwachsende Naturprodukte tätigen Unternehmen wird ein Schulungsprogramm zusammengestellt, das auf den Eintritt in den internationalen Markt vorbereiten soll.
- Die Themengruppe Wildwachsende Naturprodukte stellt ein Maßnahmenprogramm für die landesweite Entwicklung einer Biozertifizierung auf.
- Für die Produktion wildwachsender Naturprodukte wird ein eigener Kriterienkatalog aufgestellt.
- Für Angelguides werden Ausbildungsinhalte festgelegt und eine eigene Abschlussprüfung eingeführt.
- Der Angeltourismus wird gemäß den entsprechenden regionalen Entwicklungsprogrammen als Teil des Fremdenverkehrs im ländlichen Raum weiterentwickelt.
- Die Jagdmöglichkeiten werden durch Ausbildung, Beratung und Weiterentwicklung gesichert.
- Tierbezogene Beihilfe für die Rentierwirtschaft erhalten Personen, die dieses Gewerbe hauptberuflich ausüben.
- Die mit der Rentierwirtschaft verbundene Erzeugnisverarbeitung und der Fremdenverkehr werden mit Hilfe von Programmen und Projekten weiterentwickelt.
- Bei der Planung der Raubtierbestände sind die Ansichten der Bevölkerung und der Gewerbetreibenden ausreichend zu gewichten.
- Die Nutzung regenerativer Energien, ihre Gewinnung und Veredelung im ländlichen Raum wird gefördert.
- Für mit Rohrglanzgras erzeugten Strom wird die Erstattung der Stromsteuer gewährt.
- Für die Holzenergieberater in den Forstzentren werden Planstellen geschaffen.
- Die Tätigkeitsvoraussetzungen für Wärmeversorgungsunternehmen im ländlichen Raum werden verbessert. Die Zahl der Unternehmen und Genossenschaften wird erhöht.
- Die Bedingungen für den Einsatz von Torf im Emissionshandel werden durch steuer- und subventionspolitische Veränderungen gesichert.
- Die Regionalisierung der Aufgaben der Staatsverwaltung wird fortgesetzt.
- Die Kommunal- und Staatsverwaltung führen die Telearbeit als alternative Arbeitsform ein.
- Es werden Sachverständige für die Unternehmenstätigkeit in Genossenschaftsform ausgebildet, so dass in den Regionen ein flächendeckendes Netz entsteht.
- Das Starthilfensystem wird neben Arbeitslosen auf Personen ausgedehnt, die nach Erwerbstätigkeit, Hausarbeit oder Ausbildung Unternehmer werden wollen, und die Dauer wird auf 12 Monate verlängert.
- Das Modell, das zum Ausprobieren des Unternehmertums anregen soll, wird in Verbindung mit dem Selbstverwaltungsprojekt der Region Kainuu als beschäftigungspolitische Maßnahme realisiert.

- Die Ausarbeitung der Bewirtschaftungsvereinbarung für den ländlichen Raum wird mit dem Ziel fortgesetzt, das System 2007 einzuführen.

Erhaltung und Aufbau von Basisdienstleistungen

- Die Dorfvereine und entsprechenden Organisationen informieren über die Möglichkeiten der Nutzung von Telekommunikationsverbindungen bei der Kleinunternehmertätigkeit und im Alltag der privaten Haushalte und ermitteln die Internetinteressenten.
- Es wird eine Broschüre zusammengestellt, die über die Einrichtung von Telekommunikationsverbindungen informiert.
- Die finnische Breitbandstrategie wird auf der Grundlage der aus den Breitbandstrategien der Regionen und den regionalen und lokalen Bauprojekten gewonnenen Erfahrungen überarbeitet und überprüft.
- Die staatlichen Zuschüsse zum Privatwege- und -straßenbau werden auf 16 Millionen Euro im Jahr und stufenweise auf das frühere Niveau angehoben.
- Die Tätigkeitsvoraussetzungen für die Gemeinschaften der Eigentümer von Privatwegen und -straßen werden durch Schulungsmaßnahmen verbessert.
- Es wird untersucht, ob sich § 130 des Mehrwertsteuergesetzes in der Weise ändern ließe, dass den Gemeinschaften der Eigentümer von Privatwegen und -straßen die in den Straßenunterhaltsleistungen enthaltene Steuer erstattet werden könnte.
- Die Kommunen planen ihren Personenbeförderungsbetrieb insgesamt selbst.
- Es wird angestrebt, dass die Wettbewerbsvoraussetzungen für die unterschiedlichen Verkehrsträger gleich sind. Die Gewichtsgrenze für Warentransporte mit dem Taxi (100 kg) wird flexibler gestaltet.
- Das Zentralamt für Unterrichtswesen schafft ein System zur Unterstützung kleiner Schulen.
- Das Freibetragsystem für private Haushalte wird dahingehend verändert, dass Verwandte Dienstleistungen, die sie für ihre nahen Angehörigen bezahlen, steuerlich absetzen können.
- Die Verwendungsmöglichkeiten für Dienstleistungsgutscheine werden ausgeweitet.
- Der Arbeitskräftemangel im Sozial- und Gesundheitswesen wird dadurch beseitigt, dass die Wohlfahrtsdienstleistungen insgesamt regional organisiert werden.
- Die Berufsausbildung im Sozial- und Gesundheitswesen erhält durch Kampagnen einen engeren Bezug zum Berufsleben.
- Der Mehrwertsteuersatz für die Dienstleistungsbranchen wird geprüft.
- Die Investitions- und Startbeihilfen für Dienstleistungsunternehmen des Wohlfahrtsbereichs werden verbessert.
- Für Dorfgemeinschaften werden geeignete komplexe Betreuungsleistungen entwickelt.
- Durch Unterstützung der Wasserversorgungseinrichtungen werden die ausreichende Versorgung mit Trink- und Haushaltswasser guter Qualität, die sachgemäße Kanalisation und die Abwasserreinigung auf Jahresniveau für 5 000 Haushalte gewährleistet.
- Es werden mehr lokale Abfallsammelstellen eingerichtet.
- Das System zur Unterstützung der Dorfläden in dünn besiedelten Gebieten wird ausgebaut und soll die Zusammenfassung von Dienstleistungen unterstützen. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden auf 4 Millionen Euro erhöht.

Anhebung des Niveaus von Wissen und Know-how

- Das fachübergreifende Magisterprogramm „Rural Studies“ beginnt im Herbst 2005.
- Die Akademie von Finnland startet im Frühjahr ein fünfjähriges Forschungsprogramm zum ländlichen Raum.
- Für die Wissenschaftlerausbildung wird zum nächsten Bewerbungstermin (2005) ein Vorschlag ausgearbeitet, der nach Möglichkeit 2006 in Kraft treten soll.
- Das Fachgebiet Ländlicher Raum wird im Laufe des Jahres 2005 in das Ausbildungssystem integriert.
- Die Mittel für die landesweiten Forschungs- und Entwicklungsprojekte zum Thema ländlicher Raum werden auf 6 Millionen Euro erhöht.
- Möglichst viele Dorfschulen werden zu Dienstleistungszentren weiterentwickelt.
- Das Finanzierungssystem für den sekundären Bildungsbereich wird dahingehend reformiert, dass die Zusammenarbeit zwischen den gymnasialen Oberstufen und den Berufsbildungseinrichtungen zunimmt.
- Die Unterrichtsqualität wird unter anderem durch die Einrichtung von Lehrerstellen auf Kreisebene gesichert.
- Die Entwicklung des ländlichen Raums wird in die Regionalentwicklungsaufgaben der Hochschulen integriert. Den Hochschulzentren kommt auch bei der Entwicklung des ländlichen Raums eine Aufgabe zu.
- Die Bildungseinrichtungen unterstützen die Tätigkeit von Gründerzentren mit Zuschüssen des Zentralamtes für Unterrichtswesen. Dabei wird auch der Entwicklungsbedarf des ländlichen Raums berücksichtigt.
- Die praktischen Prüfungen werden weiterentwickelt. Als besondere Zielgruppe wird die Bevölkerung des ländlichen Raums hinzugenommen.
- In der Erwachsenenbildung wird den auf den ländlichen Raum bezogenen Unterrichtsinhalten, ihrer Effizienz sowie Maßnahmen, die die Nachfrage erhöhen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet.
- Die Zentralen für Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung, das Zentrum für Technologieförderung (Tekes), Finnvera und Finnpro intensivieren ihre Zusammenarbeit.
- Es werden regionale Unternehmensdienstleistungen zur Weiterentwicklung der lokalen und regionalen Unternehmenstätigkeit an Standorten im ländlichen Raum geschaffen.
- Das Zentralamt für Unterrichtswesen unterstützt die regionale Zusammenarbeit zwischen den Gesamtschulen und den gymnasialen Oberstufen, den Aufbau eines gemeinsamen Fächerangebots sowie die Einführung von alternativen Unterrichtsformen, die auf die Informations- und Kommunikationstechnik zurückgreifen.
- Alle Schulen sollen Breitbandanschlüsse bekommen.
- Die Gesetzgebung, die die Urheberrechte für Multimedia-Unterrichtsmaterial auf Webseiten und die Verantwortung für die Betreuung der Seiten betrifft, wird vereinfacht.
- Das Zentralamt für Unterrichtswesen fördert das Unternehmertum, indem es vielseitige Unterrichtsmethoden entwickelt und die Verbindungen der Bildungseinrichtungen zur lokalen Arbeitswelt belebt. Vor allem in Streusiedlungen wird auf die Möglichkeit geachtet, selbst für Arbeitsaufkommen zu sorgen.
- Die Bibliotheken im ländlichen Raum werden zu Kultur-, Informations- und Aktionszentren weiterentwickelt.
- Die Themengruppe Kultur baut ein regionales Netz kultureller Aktivitäten auf, das zur Teilnahme anregt.

- Es wird ein Netz von Gründerzentren geschaffen, das sich auf die Profilierung und Kommerzialisierung von Wissen und Know-how konzentriert.
- Die Umweltverwaltung organisiert und intensiviert den Schutz und die Pflege der bebauten Umgebung auf Regionalebene. Das Zentralamt für Museen und Denkmalpflege wird in den Regionen Außenstellen gründen.
- Die Verwaltungssektoren arbeiten in Zusammenarbeit mit der ortsansässigen Bevölkerung ein Programm für die bebaute Umgebung sowie Dorf- und Landschaftsplanung aus und setzen sie um.
- Die Dörfer übernehmen die Verantwortung für die Landschaftspflegemaßnahmen. Diese werden wie die Erhaltung der bebauten Umgebung in die Bewirtschaftungsvereinbarung für den ländlichen Raum integriert.
- Für die zweisprachigen Gebiete wird eine Strategie ausgearbeitet, um die Möglichkeiten der Einflussnahme für die Bürger zu verbessern.
- Gemeinsam werden Maßnahmen erwogen, um die Verwaltung finnlandschwedischer Entwicklungsprojekte flexibler als bisher zu gestalten und die Projektzusammenarbeit zu intensivieren.
- Mit Hilfe des EU-Ansatzes für die Küstenbereiche wird ein gemeinsames Projekt zur Weiterentwicklung des finnlandschwedischen ländlichen Raums und des Schärengebiets ins Leben gerufen.
- An der Åbo Akademi in Turku wird eine zweisprachige Professur für den ländlichen Raum eingerichtet, die den Schwerpunkt auf Fragen der Entwicklung der Küstenbereiche und des Schärengebiets legt.



Umsetzung

UMSETZUNG DES GESAMTPROGRAMMS

Einige strategische Schwerpunkte haben sich mittelbar auf die Vorschläge des politischen Gesamtprogramms für den ländlichen Raum ausgewirkt. Dazu zählen unter anderem die Gleichwertigkeit der Entwicklungsmaßnahmen der Gemeinschaft und der Beihilfen für Unternehmen, das Bestreben, Ressourcen zu bündeln, und die Wechselbeziehung zwischen Stadt und Land. Der Inhalt und die Struktur des Gesamtprogramms folgen den Strategien. Es ist jedoch angezeigt zu überlegen, ob eine Strategie den ländlichen Raum weiterbringt oder ob es sich nur um die Interessen einer Organisation, eines Wirtschaftszweigs oder einer Interessengruppe handelt und der ländliche Raum wieder einmal nur den Rahmen stellt oder sogar Verlierer ist. Wegen der Sektorgliederung brauchen wir solche Strategien auch morgen, aber im Zentrum der Politik für den ländlichen Raum stehen sie nicht.

Benötigte Mittel

Das politische Gesamtprogramm für den ländlichen Raum ist von seinem Inhalt und der Umsetzungsverantwortung her sehr umfassend. Es wird im Rahmen der staatlichen Vorgaben und des Haushalts sowie durch Neuzuweisung vorhandener Mittel umgesetzt. Nur einige Vorschläge beinhalten eine klare Mittelerhöhung, weil die betreffenden Punkte als dringlich angesehen werden. Dabei geht es darum, den Verfall operativer Strukturen zu verhindern, um unumgängliche Veränderungen oder um neue Arbeitsmethoden. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf der Veränderung der operativen Strukturen. Dazu werden in gewissem Umfang staatliche Zuschüsse benötigt, doch sie zahlen sich aus, weil Aktivitäten in Gang kommen. Im Folgenden sind alle Beschlüsse des Programms aufgeführt, die sich in irgendeiner Weise ausgabenerhöhend oder einnahmensenkend auf den Staatshaushalt auswirken.

Im Finanzierungsplan gibt es zwei Arten von Vorschlägen. Die einen betreffen öffentliche Mittel, die für die Weiterentwicklung im Rahmen der Politik für den ländlichen Raum vorgesehen sind, und zielen gleichzeitig darauf ab, den privaten Finanzierungsanteil zu erhöhen. Die anderen sind Grundsatzfragen, die seit Jahren in der Politik behandelt werden, auf die Verbesserung der Bedingungen im ländlichen Raum abzielen und natürlich im Programm für den ländlichen Raum behandelt werden; die Bewilligung von zusätzlichen Mitteln hängt jedoch von der Haushaltssituation des Staates und politischen Entscheidungen ab. Die erhofften Ausgabeansätze sind in der ersten Kategorie kleiner, in der zweiten größer. Andererseits ist die strategische und mittelbare Wirkung der Vorschläge der ersten Kategorie am größten.

Die Regierung entscheidet, die Ministerarbeitsgruppe leitet, die Kooperationsgruppe assistiert

Das politische Gesamtprogramm für den ländlichen Raum setzt sich aus vielen Dingen zusammen. Deshalb ist auch die **Umsetzung des Programms ein mehrteiliger Prozess**:

- Die Regierung fällt die das politische Sonderprogramm für den ländlichen Raum betreffende Entscheidung.

- Die Fortschritte des Sonderprogramms und des Gesamtprogramms werden von Zeit zu Zeit im Ministerausschuss für Verwaltung und Regionalentwicklung oder in der für die Politik des ländlichen Raums zuständigen Ministergruppe und im vom Parlament gegründeten „Netz des ländlichen Raums“ behandelt.
- Die Kooperationsgruppe bestimmt für jeden Vorschlag eine verantwortliche Stelle, eine Organisation, eine Themengruppe oder eine Person.
- Die Kooperationsgruppe nimmt zur Umsetzung der Programme zweimal im Jahr mit einem Bericht Stellung.
- Die Themengruppen und die Kooperationsnetze der Kooperationsgruppe sind für die Weitergabe der in ihren Bereich fallenden Vorschläge zuständig.
- Die Staatskanzlei und die Kooperationsgruppe verfolgen den Effekt des Programms anhand von ausgewählten Indikatoren.
- Das System der Politik für den ländlichen Raum, das Gesamtprogramm eingeschlossen, wird einmal in der Regierungszeit evaluiert.
- Durch Verhandlungen wird die Umsetzung der Vorschläge beschleunigt.
- Projektfinanzierungsmittel fließen in Forschung und Netzwerkprojekte, mit deren Hilfe das Gesamtprogramm umgesetzt wird.
- Das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten und das für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Team der Kooperationsgruppe organisieren Informations- und Schulungsveranstaltungen sowie Seminare, auf denen das Sonderprogramm / das Gesamtprogramm vorgestellt wird.
- Die Referenten der Kooperationsgruppe verfassen eine Artikelreihe über die Programme.
- Das Gesamtprogramm wird als Unterrichtsmaterial angeboten.
- Eine Zusammenfassung des Gesamtprogramms wird in finnischer, schwedischer, englischer und französischer Sprache veröffentlicht und in deutscher und russischer Sprache ins Internet gestellt.

Die das Sonderprogramm betreffende Entscheidung der Regierung gewährt der Politik für den ländlichen Raum unmittelbare politische Unterstützung. Die praktische Umsetzung des Programms obliegt der Kooperationsgruppe für die Politik des ländlichen Raums. Die Tätigkeit der Themen- und

Arbeitsgruppen sowie die Finanzierung der landesweiten Projekte haben bei der Umsetzung der Gesamtprogramme eine wichtige Rolle gespielt. Das wird auch in Zukunft so sein. Die Themengruppen müssen einerseits zusammenarbeiten und die regionalen Tätigkeiten in ihrem Bereich unterstützen, andererseits mutiger als bisher Verhandlungen führen und sowohl über Vermittlung der Kooperationsgruppe Informationen verbreiten als auch Problemfragen, die in ihre Zuständigkeit fallen, direkt ansprechen. Eine Schwellenfrage für landesweite Projekte ist die Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für umfangreiche Netzwerkprojekte. Vor einigen Jahren gab es diese Projekte noch gar nicht. Jetzt sind die notwendigen Vorarbeiten, unter anderem der Aufbau der Themengruppen, abgeschlossen und die Bereitschaft ist da, doch die Mittel reichen nicht aus.

Gemeinsame Handlungslinien der Regionalverwaltungen und der Zentralverwaltung

Das politische Gesamtprogramm für den ländlichen Raum konzentriert sich auf die regionalen Auswirkungen der Entscheidungen der Zentralverwaltung. Das Regionalprogramm wiederum hebt die wichtigsten Aspekte und Maßnahmen der Regionalentwicklung hervor. Das Gesamtprogramm unterstützt die Entwicklungsarbeit in den Regionen. Das beste Ergebnis wird erzielt, wenn die Strategien und die praktische Umsetzung des Gesamtprogramms und der Regionalprogramme auch da zusammenfallen, wo die regionalen Unterschiede Veränderungen erfordern. **Wichtige gemeinsame Leitlinien und Maßnahmenkomplexe sind**

- Übereinstimmung in Bezug auf das Verhältnis zwischen Regionalprogramm und Gesamtprogramm,
- Sichtbarkeit des ländlichen Raums in den Regionalprogrammen,
- Erfordernis eines Organs, das in den Regionen Verantwortung für die Politik des ländlichen Raums und vorbereitende Arbeiten übernimmt,



- Gliederung der Gebiete in vier und des ländlichen Raums in drei Typen,
- Übereinstimmung in Bezug auf die Rolle der Dorfvereine und der Vereine für die Entwicklung des ländlichen Raums,
- dichtes Netz der Kompetenzzentren und -konzentrationen,
- echte landesweite und regionale Städtepolitik und Politik für den ländlichen Raum,
- landesweite und regionale Themengruppen oder entsprechende Stellen für die Zusammenarbeit,
- ländlicher Raum als Wohn- und Lebensumgebung,
- Branchenerweiterung – Übereinstimmung in Bezug auf die Möglichkeiten.

Die oben genannten Aufgaben sind überall wichtig, auch wenn sie nicht überall gleiches Gewicht haben. Andererseits setzen Fortschritte neben der regionalen Perspektive auch lokal eine intensivere Weiterentwicklung voraus. Dieser Umstand ist sowohl bei der landesweiten Entwicklungsarbeit als auch in der Regionalentwicklung und bei der Mittelzuweisung zu berücksichtigen.

Wenn es vorangeht, gewinnt die Politik für den ländlichen Raum in den Regionen an Boden und es wird mehr erreicht. In der Politik für den ländlichen Raum gehen Lokalität, Regionalität, Landesebene und Internationalität Hand in Hand. Keine Ebene kann die andere ersetzen. Deshalb ist dafür zu sorgen, dass alle Ebenen funktionsfähig bleiben. Je mehr Übereinstimmungen es in der Ausrichtung gibt und je stärker die Entwicklung bewusst in dieselbe Richtung geführt wird, desto besser sind die Resultate.





**KOOPERATIONSGRUPPE
FÜR DIE POLITIK DES
LÄNDLICHEN RAUMS
in Finland**

Weitere Informationen und Bestellung

Innenministerium
Kooperationsgruppe für die Politik
des ländlichen Raums
Telefon +358 9 160 44592
Telefax +358 9 160 42306
Internet: www.maaseutupolitiikka.fi